Rundschau.

[illegible]schland.

[illegible]iedelung des kaiser[illegible]gers vom Neuen Palais nach [illegible] in diesem Winter noch später, wie [illegible] nämlich am 16. Januar erfolgen, [illegible]ie im Vorjahre am 8. Januar geschah. [illegible]angt dieser spätere Termin mit dem Umbau am Berliner Schlosse zusammen.

* Die parlamentarischen Dispositionen sind so getroffen, daß nach Abschluß der ersten Lesung des Etats der Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über den Antrag betr. die strafrechtliche Verfolgung des Abg. Liebknecht und die Interpellation Paasche-Friedberg betr. die Reform des Zuckersteuergesetzes zur Beratung kommen. Die sogenannte Umsturzvorlage kommt erst nach Neujahr auf die Tagesordnung.

* Der Vorsitz in den Reichstags-Kommissionen ist wie folgt verteilt: Budgetkommission v. Kardorff und Graf Hompesch als Stellvertreter; Petitionskommission Dr. Krause (nat.-lib.) und Schmidt-Warburg (Zentr.); Wahlprüfungskommission Spahn (Zentr.) und v. Marquardsen; Rechnungskommission Dr. Paasche (nat.-lib.) und Horn (Zentr.); Geschäftsordnungskommission Singer (soz.) und v. Kehler (Zentr.).

* Eine vertrauliche Besprechung, die im Reichstag zwischen dem Präsidium und Abgeordneten mehrerer Parteien stattgefunden, hat das Ergebnis gehabt, daß die Verstärkung der Disziplinarbefugnisse des Präsidenten allseitig als notwendig anerkannt worden ist. Bis zur Erwägung bestimmter Beschlüsse ist diese Angelegenheit noch nicht gediehen. Was den Antrag auf strafrechtliche Verfolgung des Abgeordneten Liebknecht anlangt, so herrscht auch bei den Abgeordneten, die ein formelles Hindernis in dem Wortlaut des betreffenden Paragraphen der Verfassung nicht erblicken, die Ansicht vor, daß es zweckmäßiger sei, dem Antrag der Staatsanwaltschaft nicht zu entsprechen, sondern die Einführung einer verschärften Disziplin ins Auge zu fassen.

* Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages hat den Antrag, den Abg. Liebknecht wegen der bekannten Affäre in Anklagezustand versetzen zu lassen, mit 9 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

* Wie die ‚Elb. Ztg.‘ erfährt, wird die Angelegenheit der verhafteten Oberfeuerwerkerschüler schon in allernächster Zeit ihren endgültigen Abschluß finden. Unter den Verhafteten befinden sich auch zwei Elbinger, von denen einer erst 8 Tage bei der Oberfeuerwerkerschule war, als die Verhaftung erfolgte. Gegen beide liegt nichts Strafbares vor. Ueberhaupt dürften nur etwa zehn Personen bestraft werden. Während anfänglich die Schüler in Einzelhaft gehalten wurden, können sie sich nach ihrer Vernehmung innerhalb der Festung frei bewegen.

* Zur Frage der welfischen Thronfolge in Braunschweig wird der ‚D. Tgsztg.‘ „von gewöhnlich gut unterrichteter Seite“ geschrieben: Der russische Thronwechsel, infolgedessen die Beziehungen zwischen dem Petersburger und Berliner Hofe bessere geworden seien, habe auch seinen Einfluß auf das Verhältnis des Kaisers zum Herzog von Cumberland ausgeübt. Der jetzige Zar stehe einer Aussöhnung seines Oheims mit dem deutschen Kaiser freundlich gegenüber. Es dürfte daher in nicht zu ferner Zeit eine Kundgebung der beteiligten Fürstenhäuser erfolgen, durch die die Einsetzung des Sohnes des Herzogs von Cumberland als Herzog von Braunschweig für das Jahr 1898 (jener Zeitpunkt der Großjährigkeit des Prinzen) in sichere Aussicht gestellt wird. (Aehnliche Gerüchte sind schon wiederholt verbreitet worden, ohne daß sie bis jetzt eine Bestätigung gefunden hätten.)

* Die Ueberweisung zahlreicher Strafentlassener aus Berlin an mecklenburgische Gutsbesitzer hat in den Kreisen der mecklenburgischen Regierung gewisse Bedenken erregt. Man will es vor allem nicht glauben, daß die Strafentlassenen thatsächlich in den weitaus meisten Fällen sich gut geführt haben, und hat bereits Erhebungen anstellen lassen, die allerdings ergeben haben, daß in einzelnen Fällen von Arbeitern, die aus Berlin kamen, Ausschreitungen begangen worden sind.

Oesterreich-Ungarn.

* Der Ausbruch der ungarischen Ministerkrisis steht unmittelbar bevor. In dortigen parlamentarischen Kreisen verlautet mit Bestimmtheit, daß der Kaiser am 18. d. aus Wien in Budapest eintreffen wird, worauf dann die Lösung der Krisis alsbald erfolgen dürfte.

Frankreich.

* Die Hochverrats-Affäre des Hauptmanns Dreyfus scheint thatsächlich im Sande zu verlaufen. Das ‚Journal des Debats‘ läßt die Freisprechung des Hauptmanns Dreyfus nahezu als sicher erscheinen, da außer dem anonymen Schreiben, über dessen Urheberschaft die Sachverständigen geteilter Ansicht sind, alle anderen Anklagepunkte fallen gelassen sind. — Durch diesen Verlauf erscheint die Stellung des Kriegsministers Mercier stark erschüttert. Saint-Genest, bisher eine der Stützen Merciers, hat bereits einen Aufsehen erregenden Angriff im ‚Figaro‘ gegen Mercier gerichtet.

* Der Präsident der Deputiertenkammer Burdeau ist am Mittwoch gestorben. Mit ihm verliert Frankreich einen seiner bedeutendsten und zugleich ehrlichsten Politiker. Burdeau, der erst in den vierziger Jahren stand, war wiederholt Minister. Unter Ribot bekleidete er das Marineministerium, im Kabinett Casimir-Perier war er Finanzminister. Bei der Wahl Casimir-Periers zum Präsidenten der Republik hat Burdeau, der mit dem jetzigen Präsidenten auf das engste befreundet war, eine allererste Rolle gespielt. Es ist noch in aller Erinnerung, wie ihm von Casimir-Perier unmittelbar nach seiner Wahl die Ministerpräsidentschaft angeboten wurde. Burdeau lehnte aber damals mit Rücksicht auf seinen erschütterten Gesundheitszustand die ihm zugedachte Ehre ab, wurde jedoch dafür von der Kammer als Nachfolger Casimir-Periers zu ihrem Präsidenten gewählt, ein Posten, den er bis zu seinem Tode bekleidet hat.

England.

* Der Premierminister Lord Rosebery hielt am Dienstag in Plymouth eine Rede, in der er sich über die Oberhausfrage aussprach. Er sagte, die Regierung beabsichtige, das Land um das Mandat anzugehen, die Frage der Aufhebung des absoluten Vetorechtes des Oberhauses gegenüber den Wünschen oder der Gesetzgebung des Unterhauses zu regeln. Erst wenn die Regierung dieses Mandat erlangt habe, werde sie das eingeschlagene Verfahren im Unterhause bekannt geben. Er könne jedoch schon jetzt mitteilen, daß die Regierung entschlossen sei, die Verstümmelungsbefugnisse des Oberhauses so zu begrenzen, daß man wenig oder nichts in Zukunft von diesen Befugnissen zu befürchten habe.

Belgien.

* Im belgischen Senat beantragte der sozialistische Senator Picard, die Dotation des Thronfolgers Grafen von Flandern zu streichen. Es ist das natürlich nur eine Demonstration. Picard ist der einzige Sozialist im Senat.

Italien.

* Die Kommission der Deputiertenkammer hat der Kammer über die ihr von Giolitti zugestellten Papiere Bericht erstattet. Die Kammer beschloß, die größere Hälfte davon zu veröffentlichen und nur diejenige auszuschließen, die sich auf Senatoren oder bereits verstorbene Abgeordnete bezieht. Die Briefe an Crispi und seine Gemahlin, nach Behauptung der Kommission durchaus privaten Charakters, bleiben gleichfalls unveröffentlicht und sollen an Crispi zurückgegeben werden.

Rußland.

* Der ‚Pol. Korr.‘ zufolge verlautet in unterrichteten Kreisen, daß in den ersten Monaten des nächsten Jahres wesentliche Abänderungen der russischen Preßgesetzgebung in liberalem Sinne zu erwarten seien. Ein diesen Gegenstand betreffender Gesetz-Entwurf des Ministers des Innern soll dem Reichsrat schon in der nächsten Zeit vorgelegt werden. Einigen Blättern ist das Recht des Einzelverkaufs, das ihnen bisher wegen ihrer Richtung entzogen war, mittels kaiserlicher Anordnung wieder erteilt worden.

Balkanstaaten.

* Die bulgarische Sobranje hat ein Sondergesetz für Vergehen gegen die Person des Fürsten Ferdinand und dessen Haus in Verhandlung genommen. Mit Ausnahme der Sozialisten traten sämtliche Parteien für die Vorlage ein. Die gegen den Gesetzentwurf vorgebrachten Einwendungen wurden vom Justizminister und dem Präsidenten der Sobranje, der bei dieser Gelegenheit den Vorsitz abgab, bekämpft. Diese Reden, sowie die schließliche Annahme des Gesetzentwurfs wurden mit lebhaftem Beifall begleitet.

Amerika.

* Der Premierminister von Kanada, Thompson, der am Mittwoch der Sitzung des Geheimen Rates in Windsor beiwohnte und dabei als Mitglied des Rates vereidigt wurde, verstarb plötzlich im Schlosse. Die Leiche wurde nach einem Zimmer im Clarence-Tower überführt.

Deutscher Reichstag.

Am Donnerstag nimmt zur Fortsetzung der Etatdebatte Abg. Böttcher (nat.-lib.) das Wort, indem er zunächst gegen die Ausführungen des Abg. Liebknecht hervorhebt, daß man zwar Sparsamkeit im Etat walten lassen, aber gleichzeitig das für die Entwickelung des Reiches Notwendige bewilligen müsse. Der gegenwärtige Etat weise bedeutende Mehrausgaben auf, an denen der Militäretat den Löwenanteil habe; man müsse ihn daher eingehend prüfen. Auch auf das bedenkliche Anwachsen des Pensionsfonds sei hinzuweisen. Mit der Steigerung der Reichsschulden müsse endlich Halt gemacht werden, entweder müsse eine strenge Amortisation durchgeführt oder es dürften keine neuen Anleihen kontrahiert werden. Die Einkommensteuer könne man jetzt kaum noch erhöhen, sie treffe vorzugsweise den Mittelstand, den festesten Schutzwall gegen die Sozialdemokratie. Der Handwerkerstand bedürfe der helfenden Fürsorge des Staats. Ebenso wichtig sei die Erhaltung eines kräftigen Bauernstandes. Der Staat habe die Pflicht der Selbsterhaltung gegenüber revolutionären Bestrebungen, die die bestehende Gesellschaftsform negieren. Seine Partei wolle mithelfen, daß der religiöse Geist gehoben werde und die höchsten heiligsten Güter erhalten blieben. — Abg. Payer (südd. Vp.): Der ganze Etat sei auf neue Steuern zugeschnitt; er sei wie der Abg. Bachem, der Ansicht, daß keine solche nötig wären. Namentlich verhalte er sich ablehnend gegen die Tabaksteuer, die zu leicht jeder Steigerung fähig sei. Wenn die Landwirtschaft Schutz verlange, verlange die Tabaksindustrie nur, daß man sie in Ruhe lasse. Der Mittelstand werde ebenso von der direkten Einkommensteuer getroffen, wie von den indirekten Steuern. Wenn der Reichskanzler so große Energie für die Kolonialpolitik entfalte, so halte er (Redner) dieselbe für unselig und glaube, daß im Innern noch dankbarere Aufgaben vorhanden seien. Was die Umsturzvorlage betreffe, so sei der gegenwärtige Augenblick dafür sehr ungeeignet. Sie werde nur neues Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie liefern. Der Reichskanzler möge die Umsturzvorlage und das Steuergesetz zurückziehen. — Abg. Zimmermann (Ant.): Die Kolonialpolitik ist ein Ausfluß der nationalen Ideen und schlimm müßte es um Deutschland bestellt sein, wenn wir die Kolonien aufgeben wollten. Deutschland muß stark genug sein, die Rechte der deutschen Brüder in fremden Landen zu wahren. Die Mehrausgaben werden wir gern prüfen; aber wir sind nicht von großer Bewilligungsfreudigkeit durchdrungen. Die Landwirtschaft muß besonders geschützt werden; wir dürfen aber nicht vergessen, daß in der Regierung dieselben Männer sitzen, die die Landwirtschaft durch die Handelsverträge geschädigt haben. Alle vorgeschlagenen Mittel genügen noch nicht zur Hebung des Mittelstandes; besonders bedauerlich ist es, daß man sich noch nicht zur Herstellung einer Organisation des Handwerks hat entschließen können. Dringend nötig ist auch eine Reform des Börsenwesens. Redner wendet sich dann der Umsturz-Vorlage zu, welche die Religion und die Einrichtung der heutigen Gesellschaftsordnung schützen soll. Mit der Sozialreform sei es kaum vereinbar, daß man die Tabakindustrie durch die Tabaksteuer benachteiligen wolle. Redner wünscht ferner außer der Entschädigung unschuldig Verurteilter auch eine Verbilligung der Gerichts- und Anwaltskosten und wendet sich dann gegen die Juden und den Umsturz durch die Sozialdemokraten. Seine Partei sei der Meinung, daß nur durch energische antisemitische Maßregeln der Umsturz bekämpft werden könne. Die Diskussion wurde dann geschlossen und einige Teile des Etats an die Budgetkommission verwiesen. Es entstand noch eine lebhafte Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob die sog. Umsturzvorlage auf die Tagesordnung vom Freitag zu setzen wäre, doch sprach sich die Majorität dagegen aus.

Am Freitag bildete den ersten Punkt der Tagesordnung der dringliche Antrag der Abgg. Schmidt-Elberfeld (fr. Vp.) und Ehni (fr. Vgg.), nach dem in § 35 der Geschäftsordnung eingeschaltet werden soll: „Alle Anträge, die innerhalb der ersten vierzehn Tage der Session eingebracht werden, gelten, sofern sie nicht schon vor dem Ablauf dieser Frist zur Verhandlung gelangt sind, als gleichzeitig eingebracht. Ueber die Priorität unter denselben entscheidet das Los.“ Nachdem Abg. Schmidt den Antrag kurz begründet hatte, erkannte Abg. Gröber (Zentr.) die bestehenden Uebelstände bei Einbringung der Initiativanträge an und beantragte Verweisung des Antrages an die Geschäftsordnungskommission, gleichzeitig einen von ihm eingebrachten Antrag auf gänzliche Abänderung des § 35 der Geschäftsordnung empfehlend. Es sprachen noch die Abgg. Gamp, Enneccerus (nat.-lib.), Rintelen (Zentr.), Singer (soz.). Beide Anträge wurden an die Geschäftsordnungs-Kommission verwiesen. — Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete die Interpellation Paasche und Friedberg (nat.-lib.) „Welche Maßregeln in bezug auf die Abänderung des geltenden Zuckersteuergesetzes denken die verbündeten Regierungen zu ergreifen, um die Schädigungen, welche der deutschen Landwirtschaft und der deutschen Zuckerindustrie durch die ausländischen Besteuerungsformen des Zuckers erwachsen, zu beseitigen?“ Zur Begründung führt Abg. Paasche aus, es handle sich um eine große Notlage der Zucker-Industrie. Er erinnere daran, daß der Schatzsekretär die Zusicherung gegeben habe, die Exportprämien bestehen zu lassen, wenn das Ausland die seinigen erhöhe oder sonst seine Zuckergesetzgebung ändere. Dieser Fall sei eingetreten. Wir ermäßigen unsere Prämien, Oesterreich und Frankreich seien aber damit nicht nachgefolgt und die Ver. Staaten behandelten sogar den deutschen und österreichischen Zucker besonders schlecht und belegten ihn mit Extrazöllen. Die Zuckerindustrie gehe dem Ruin entgegen, wenn man nicht eingreife. Auch die Landwirtschaft, welche sich in so hohem Grade dem Rübenbau zugewandt, leide schwer unter dieser Krise. — Schatzsekretär Graf Posadowsky legt seine Stellung zu dem Antrag dar und gibt zum Schluß die Erklärung ab, daß der Reichskanzler die befürchtete Zuckerkrisis zum Gegenstand sorgsamster Prüfung gemacht habe und bereits, um solchem Unglück vorzubeugen, mit den preußischen Ressorts über Mittel zur Abhilfe in Verhandlung getreten sei. Sollten diese Verhandlungen zu einer Einigung führen, so wird der Reichskanzler sich ebenso mit den verbündeten Regierungen in Verbindung setzen, um die Frage zur Entscheidung zu bringen. — Nachdem noch die Abgg. Richter und Graf Kanitz, sowie nochmals Graf Posadowsky gesprochen, äußerte sich noch Staatsminister Frhr. Marschall v. Bieberstein namentlich über die Zucker-Zollpolitik der Ver. Staaten; er hoffe, daß dieselben ebenso loyal ihre Verpflichtungen gegen uns erfüllen werden, wie wir unseren Vertrag von 1828 erfüllt haben. Nach einem Schlußwort des Abg. Bock-Gotha wird die Debatte vertagt.

Von Nah und Fern.

Die Scheuerlappen-Baronin. Die Berliner Kriminalpolizei warnt vor einer Frauensperson, die mit Scheuerlappen und Schwammnetzen handelt und ein besonderes Interesse für sich zu erwecken sucht, indem sie sich als Witwe eines Offiziers und Sprößling eines alten Adelsgeschlechts ausgibt. Sie erzählt, daß sie nach dem Tode ihres Gatten vollkommen verarmt und dadurch in die bittere Notwendigkeit versetzt sei, durch den Verkauf von Scheuerlappen sich einen Erwerb zu schaffen. Wenn ihr nichts abgekauft wird, bittet sie um ein Almosen. Sie ist zuletzt unter dem Namen v. Bröming aufgetreten, während sie sich früher Frau v. Bredow, v. Bönke, v. Rödick und v. Bönigk nannte. Sie ist mehrfach wegen unbefugter Führung des Adelsprädikats bestraft worden.

Die Leiche des Knaben Raczka in Hamburg wurde am Montag nachmittag, in einen Sack genäht, auf dem Boden des Hinterhauses Breitrücks versteckt aufgefunden.

Im Irrsinn. In der sächsischen Landesanstalt Hubertusburg hat eine geisteskranke Frau einer anderen ebenfalls geisteskranken Frau mit einer Fußbank die Schädeldecke eingeschlagen, so daß die Verletzte auf der Stelle verschied.

Gekettet.

1)

(Fortsetzung.)

Hilda sah auf und blickte in zwei blaue Augen, die ängstlich forschend auf ihr ruhten.

Sie erwachte erst nun zu voller Klarheit.

„Ich bitte um Verzeihung,“ murmelte sie, „ich hatte Kopfweh, daher kam es wohl. Was sagten Sie? Ich habe nicht recht verstanden.“

„Ich meinte, wir haben Sie erschreckt durch meinen Besuch. Bitte, legen Sie Ihren Kopf auf das Kissen. Sie sehen ganz elend aus. Soll ich lieber heut fortgehen, Miß Priestly, und ein andermal . . .“

„O nein, nein,“ rief Hilda verängstet, „Mutter würde — ich befinde mich wieder ganz wohl. Es thut mir sehr leid, Ihnen soviel Mühe bereitet zu haben.“

„Mühe?“ wiederholte er, „da irren Sie sich, Miß Priestly,“ es bekümmert mich nur, Sie so beunruhigt zu haben.“

Er zögerte, ob er nicht dennoch diese Zusammenkunft abbrechen sollte; aber Hilda schaute so fragend zu ihm auf, daß er beschloß, zu bleiben.

„Lady Mildred sagte mir,“ hob Mister Hayes an, „Lady Mildred war so gütig gegen mich, viel gütiger, als ich es verdiene —“ er stockte; erst nach einer Pause fuhr er fort: „sie sagte, sie wolle mir ihre kleine Tochter zur Frau geben.“

Hilda faltete ihre Hände, ihre Lippen öffneten sich, als wolle sie sprechen, aber kein Wort entschlüpfte ihnen. Endlich fuhr Mister Hayes fort:

„Lady Mild[illegible]s Verf[illegible]chen macht mich sehr glücklich; denn die Hand dieser ihrer kleinen Tochter ist das einzige Gut, wonach mein Herz begehrt, wenn diese kleine Tochter selbst damit zufrieden ist. O Hilda, ich verstehe nicht, meine Rede geschickt zu stellen, ich fürchte, Sie durch das Uebermaß meiner Liebe zu erschrecken, ich fürchte, Sie könnten nicht verstehen, wie tief, wie glühend meine Liebe ist. Ich weiß eben nicht den Ausdruck zu finden. Ich will Ihnen nur sagen, das Glück meines Lebens hängt von Ihren Lippen ab.“

Die unterdrückte Leidenschaft, die den Klang jedes Wortes durchzitterte, machte Eindruck auf Hilda. Sie hatte nicht an offene Rebellion gedacht, allein dieser Ausdruck glühender Liebe von seiten des ungeliebten Mannes hielt sie zurück, ihm ein offenes Geständnis ihrer Gefühle gegen ihn abzulegen. Sie fand dieser Liebe gegenüber nicht den Mut, ihm zu sagen: „Ich verabscheue dich.“

Sie schwieg.

Er nahm ihre Hand und führte sie an seine Lippen. Sie ließ es zu, doch immer noch in tiefem Schweigen.

Er begann von neuem: „Lady Mildred hat mir gesagt, daß Sie Männern gegenüber schüchtern sind, daß vor mir kein Mann Ihnen seine Liebe gestanden hat, daß ich Sie daher beklommen finden würde, daß Sie mir schwer eine Antwort geben würden. Ich will suchen, Ihnen zu helfen. Wollen Sie mir eine der Blumen schenken, welche in Ihrem Gürtel stecken, und wollen Sie dagegen diese Lilien von mir nehmen, so soll mir das als Ihre Antwort gelten, als die Gewährung meiner Bitte.“

Zitternd, indessen ohne Zögern, löste sie die Blumen von ihrem Gurt und reichte sie ihm.

Er legte ihr die Lilien auf ihre Kniee.

„Ich bin zu heftig, ich fühle es,“ sagte Pierrepoint Hayes in sanften Lauten. Sie fürchten sich vor mir.“

„Sie sind sehr gut,“ stammelte das Mädchen, „ich fürchte mich nicht; es ist mir nur alles so — neu — so fremd — so . . .“

Er unterbrach sie: „Lassen Sie gut sein, ich verstehe Sie. Ich danke Ihnen für die Blumen, ich werde sie an meinem Herzen als ein Unterpfand meiner schönsten Hoffnungen tragen; aber ich werde Sie nicht mit meiner Liebe quälen, bis Sie selbst mir erlauben, davon zu Ihnen zu reden. Leben Sie wohl für heut!“

Er stand auf und Hilda erhob sich gleichfalls in angstvoller Erwartung seines Abschiedsgrußes. Die Angst war unnütz, er nahm nur für eine Sekunde ihre zarten Händchen in seine beiden kräftigen Männerhände. Dann wiederholte er: „Leben Sie wohl. Auf Wiedersehen heut abend im Theater. Lady Mildred sagte es mir zu.“

Im nächsten Augenblick stand Hilda allein und hörte bald seine Schritte durch den Korridor verhallen.

2.

Von allen Seiten gratulierte man Lady Mildred zu der glänzenden Partie, welche ihre junge Tochter machte. Flüsterte man auch in der Stille, daß die Dame einen Schwiegersohn vorgezogen haben möchte, der nicht seine Vergangenheit in den Wildnissen Australiens zugebracht hätte, so mußte man doch zugeben, daß Pierrepoint Hayes in seinem gesellschaftlichen Auftreten keinerlei Anstoß gab.

Die Verlobung sollte nicht von langer Dauer sein; schon im Juni sollte die Hochzeit im Hause des Lord Morristown in Wilton stattfinden. Lady Mildred selbst bewerkstelligte diese Eile, obwohl sie empört gewesen wäre, wenn irgend jemand gewagt hätte, sie zu beschuldigen, daß sie die Vermählung ihrer Tochter beschleunige. Dennoch war dem so.

Zwar zeigte sich Hilda über Erwarten gefügig; zwar sorgte Lady Mildred durch Zerstreuungen aller Art, durch tägliche Gesellschaften oder Besuche einerseits, durch Sorge für die Toilette und Einkäufe zum Trousseau anderseits in vollem Maße dafür, daß Hilda keine Muße zum Nachdenken blieb; zwar wachte sie unausgesetzt über dem Brautpaar, daß nicht irgend eine vertrauliche Aussprache stattfinde: dessenungeachtet verfolgte sie die Furcht, Hilde möchte einmal durch vielleicht ein einziges unbedachtes Wort Pierrepoint Hayes einen Blick in ihr Herz thun lassen.

Und Lady Mildred wußte, dieser Mann war viel zu edelmütig, um ein junges Wesen an sich zu fesseln, dessen Herz ihm nicht in Liebe entgegenschlug. Sie wußte, er liebte ihr Kind mit einer Liebe, die so heftig war, daß das Wohl des geliebten Mädchens ihm weit über sein eigenes Glück ging.

Darum beschloß Lady Mildred, die feierliche Besiegelung des Verlöbnisses nach Kräften zu beschleunigen, damit für keinen Teil mehr ein

SLUB
Wir führen Wissen.
STADT BIBLIOTHEK BAUTZEN BUDYŠIN